

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 11. Sitzung (19. TA)

des Rechnungsprüfungsausschusses

am Montag, 18.08.2025, Rathaus,

Friedrich-Ebert-Platz 1, 51373

Leverkusen, 5. OG, Ratssaal

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 21:40 Uhr

Anwesend:

CDU

Annegret Bruchhausen-Scholich

Stv. Vorsitzende

Jannik Klein

Michael Prangenberg

SPD

Jens Fraustadt

Milanie Kreutz

Vorsitzende

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Roswitha Arnold

Als Vertreterin für Rh. Danlowski

Claudia Wiese

BÜRGERLISTE

Nikolas Hubrich

AfD

Peter Morawietz

FDP

Uwe Bartels

Als Vertreter für Hrn. Varga

Beratende Mitglieder gem. § 58 Abs. 1 S. 7 GO NRW

Stephan Adams

OP

Sachkundige Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW

Bella Buchner

vom Fachbereich Rechnungsprüfung und Beratung:

Guido Krämer

Werner Schulte

Nina Kramer

Arzu Yikici

Gina Maria Wipper

Anwärterin im FB Rechnungsprüfung und
Beratung

Verwaltung:

Uwe Richrath

Oberbürgermeister

Alexander Lünenbach

Beigeordneter Dez. III

Marc Adomat

Beigeordneter Dez. IV

Andrea Deppe

Beigeordnete Dez. V

Aylin Dogan

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

Rabea Schilde

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

Susanne Weber

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

Erik Butterbrodt

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

Hans-Gerd Wendling

Personal und Organisation

Frank Welling

Personal und Organisation

Heike Leopold

Referentin Dez. II

Adriane Witzik

Digitalisierung

Sascha Inderwisch

Finanzen

Ellen Zens

Finanzen

Steffen Franzkowski

Ordnung und Straßenverkehr

Jana Hacke

Referentin Dez. III

Christiane Jäger

Mobilität und Klimaschutz

Bettina Zimmer

Mobilität und Klimaschutz

Dr. Mirja Stevens

Medizinischer Dienst

Melanie Offermann

Referentin Dez. IV

Thomas Kresse

Feuerwehr

Dirk Baumeister

Bauaufsicht

Sabine Jarosch

Kinder und Jugend

Gregor Steiniger

Gebäudewirtschaft

CDU

Stefan Hebbel

FDP

Jörg Berghöfer

Gäste:

Jannis Goudoulakis

Inter-Lev

Zuhörer in nichtöffentlicher Sitzung:

Peter Viertel

BÜRGERLISTE

Julian Frohloff

SPD-Fraktion

Sven Weiss

Fraktion BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Gäste:

Michael Esken

Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen, bis TOP 3 ö.S.

Frank Breidenbach

Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen, bis TOP 3 ö.S.

Corinna Bauerfeld

Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen, bis TOP 3 ö.S.

Sabine Pawlak

Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen, bis TOP 3 ö.S.

Dr. Marvin Pötsch

KAG Consulting GmbH, Top 3 n.ö. Sitzung

Schriftführung:

Frank Schröder

Rechnungsprüfung und Beratung

Es fehlen:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dirk Danlowski

2. stv. Vorsitzender

FDP

Albert Varga

T a g e s o r d n u n g

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>Seite</u>
1 Eröffnung der Sitzung.....	5
2 Niederschriften	5
3 Überörtliche Prüfung der Stadt Leverkusen aus dem Jahr 2024/2025 durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (gpaNRW) auf der Basis des § 105 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) - Nr.: 2025/3404	6
4 Erlass der Haushaltssatzung 2025 (inklusive des Haushalts sicherungskonzepts 2025 bis 2035) und der mittelfristigen Finanzplanung 2026 bis 2028 - Nr.: 2025/3235.....	7
5 Externe Untersuchung der Rettungsdienstgebühren im FB Feuerwehr	8
Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (Ifd. Nr. 6/2025 bis 7/2025)	12

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Rf. Milanie Kreutz (SPD), eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Rh. Bartels (FDP) bittet um das Wort und stellt denn Antrag, den TOP 3 der nicht öffentlichen Sitzung in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Zu diesem Antrag führt Frau Weber, Oberbürgermeister, Rat und Bezirke (FB 01), aus, dass in dem TOP 3 Inhalte erörtert werden sollen, die gemäß § 8 S.1 lit. g Geschäftsordnung Rat in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten seien.

Rh. Klein (CDU) greift dies auf und schlägt vor den Antrag dahingehend zu ändern, dass die Inhalte des TOP 3, die nicht in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten seien, in einem neuen TOP 5 öffentliche Sitzung beraten werden.

Bevor über den Antrag in der Version des Rh. Klein (CDU) abgestimmt wird, gibt die Ausschussvorsitzende, Rf. Kreutz (SPD), den Vorsitz der Sitzung an die stellvertretende Vorsitzende, Rf. Bruchhausen-Scholich (CDU), ab.

Antrag:

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird um einen TOP 5 erweitert. In diesem TOP 5 werden die Inhalte aus dem TOP 3 nicht öffentlichen Sitzung beraten, die nicht gemäß § 8 S.1 lit. g Geschäftsordnung Rat in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln sind.

Abstimmung:

Einstimmig

2 Niederschriften

Die Niederschrift über die 10. öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses (19.TA) am 12.06.2025 wird zur Kenntnis genommen.

- 3 Überörtliche Prüfung der Stadt Leverkusen aus dem Jahr 2024/2025 durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (gpaNRW) auf der Basis des § 105 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW)
- Nr.: 2025/3404

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Rf. Bruchhausen-Scholich (CDU), ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Nach einigen einleitenden Worten durch den Präsidenten der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen AöR (gpaNRW), Herrn Michael Esken, erläutern Herr Frank Breidenbach (Projektleiter), Frau Corinna Bauerfeld (Prüferin) und Frau Sabine Pawlak (Prüferin) anhand eines Folienvortrages den Umfang und die wesentlichen Prüfungsergebnisse der durchgeführten überörtlichen Prüfung in der Stadt Leverkusen. Die Folien zu diesem Vortrag sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Nach Abschluss des Vortrages erörtert Herr Esken (gpaNRW) die weitere Verfahrensweise gemäß § 105 Abs. 6 und 7 GO NRW.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Rf. Bruchhausen-Scholich (CDU), dankt für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Oberbürgermeister Richrath dankt für die Prüfung und insbesondere für die aus der Prüfung erarbeiteten Empfehlungen der gpaNRW. Diese werde die Stadtverwaltung nutzen um ihre Arbeitsabläufe zu optimieren.

Rf. Kreuz (SPD) bittet um Auskunft, ob die Empfehlungen aus der letzten, vor ca. fünf Jahren erfolgten, überörtlichen Prüfung seitens der gpaNRW verfolgt würden.

Herr Esken (gpaNRW) verweist auf § 105 Abs. 6 und 7 GO NRW. Damit sei die Prüfung abgeschlossen. Eine weitere Betrachtung hinsichtlich einer eventuellen Umsetzung der Empfehlungen erfolge nicht.

Rf. Wiese (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bittet um Auskunft, wie die Stellungnahme der Stadt Leverkusen zur vorliegenden überörtlichen Prüfung seitens der gpaNRW gewertet würde.

Herr Esken (gpaNRW) führt aus, dass die übersandten Prüfungsberichte an die geprüften Städte Abschlussberichte seien. Insofern erfolge durch die gpaNRW keine Wertung der städtischen Stellungnahmen. Es obliege der Politik und der Verwaltung die von den Städten erarbeiteten Stellungnahmen zu bewerten.

Hinsichtlich des Themenkomplexes „Finanzen“ in der überörtlichen Prüfung bittet Rf. Wiese (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) um Auskunft, weshalb hier die städtischen Beteiligungen nicht berücksichtigt worden seien. Dies sei laut Herr Esken (gpaNRW) landesrechtlich nicht vorgesehen.

Rh. Hebbel (CDU) bittet um Beantwortung verschiedener Fragen zum Themenkomplex „Informationstechnik“.

Herr Esken (gpaNRW) teilt mit, dass diese speziellen Fragen nur durch den Fachprüfer, der derzeit nicht anwesend sei, beantwortet werden könnten. Er schlägt vor, dass der Fachprüfer zu einem gesonderten Termin in den Finanz- und Digitalisierungsausschuss komme. Dieser Vorschlag wird dankend angenommen.

Weitere Fragen aus der Mitte des Ausschusses werden von der gpaNRW beantwortet.

Sodann lässt die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Rf. Bruchhausen-Scholich (CDU), über die Vorlage 2025/3404, Beschlussentwurf zu Ziffer 1 abstimmen:

Beschluss:

1. Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt den Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (gpaNRW) vom 06.05.2025, das gpa-Kennzahlenset sowie die Stellungnahme der Gesamtverwaltung zur Kenntnis und unterrichtet den Rat der Stadt Leverkusen über die wesentlichen Inhalte des Prüfungsberichts sowie über das Ergebnis seiner Beratung.

Der Rechnungsprüfungsausschuss (§ 105 Abs. 6 Satz 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - GO NRW) spricht die Empfehlung aus, die Prüfungsfeststellungen und -hinweise der gpaNRW im Abgleich der Stellungnahmen aus der Verwaltung weiterzuverfolgen, sofern Verbesserungspotenziale, Synergien und andere begünstigende Faktoren darin begründet liegen. Die Abhängigkeiten zu ggf. personellen Konsequenzen sind dabei entsprechend sorgfältig auszuloten.

Einstimmig

Rh. Prangenberg (CDU) meldet sich zu Wort und bittet darum jährlich über die Umsetzungen der Prüfungsempfehlungen aus dem Bericht zur überörtlichen Prüfung der Stadt Leverkusen von der Verwaltung unterrichtet zu werden.

Herr Oberbürgermeister Richrath sagt dies zu.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Rf. Bruchhausen-Scholich (CDU), verkündet eine fünfminütige Pause.

- 4 Erlass der Haushaltssatzung 2025 (inklusive des Haushalts sicherungskonzepts 2025 bis 2035) und der mittelfristigen Finanzplanung 2026 bis 2028

- Nr.: 2025/3235

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Rf. Bruchhausen-Scholich (CDU), ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet um Wortmeldungen.

Fragen werden nicht gestellt. Sodann lässt die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Rf. Bruchhausen-Scholich (CDU), über die Vorlage 2025/3235 zu Ziffer 1 abstimmen.

Beschluss:

1. Der Rechnungsprüfungsausschuss stimmt den Ansätzen bzw. Maßnahmen, die im Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Leverkusen für das Haushaltsjahr 2025 (inklusive des Haushalts sicherungskonzepts 2025 bis 2035) sowie der mittelfristigen Finanzplanung 2026 bis 2028 und den darin integrierten Anlagen enthalten sind, einschließlich der bis zu seiner Sitzung vorliegenden Veränderungen, für seinen Zuständigkeitsbereich zu und empfiehlt dem Finanz- und Digitalisierungsausschuss, diese dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Dafür: 6 (CDU, SPD, FDP)

Enthaltung: 4 (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, BÜRGERLISTE, AfD)

5 Externe Untersuchung der Rettungsdienstgebühren im FB Feuerwehr

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Rf. Bruchhausen-Scholich (CDU), eröffnet unter Bezug auf TOP 1 diesen neu aufgenommenen Tagesordnungspunkt.

Zu Beginn der Beratung bittet Frau Beigeordnete Deppe (Dez. V) um das Wort.

Frau Deppe räumt hinsichtlich der Rettungsdienstgebühren Fehler ein. Zum einen, dass nicht jährlich eine Gebührenbedarfsberechnung, verbunden mit dem Erlass einer Satzung zur Erhebung von Rettungsdienstgebühren, unter Berücksichtigung der aktuellen Kosten und Fallzahlen erfolgte. Ferner, dass die Verwaltung auf die bisherigen Absprachen mit den Krankenkassen verlassen habe, nachdem mehrjährig entstandene Unterdeckungen bei Erlass einer neuen Gebührensatzung rückwirkend durch die Krankenkassen akzeptiert wurden. Hierzu seien die Krankenkassen vorliegend nicht mehr bereit. So hätten die Krankenkassen auch ihre Bereitschaft zur Kostenerstattung für Leerfahrten geändert. Leerfahrten würden nicht mehr anerkannt.

Auch seien handwerkliche Fehler in der Bearbeitung des Themenkomplexes Gebührenbedarfsberechnung erfolgt.

Frau Deppe verdeutlicht die Wichtigkeit aus diesen Geschehnissen zu lernen. Es erfolge mit Hochdruck die Aufarbeitung der Mängel unter Einschaltung eines externen Fachberaters Herrn Pötsch (KAG Consulting GmbH).

Hinsichtlich personeller/organisatorischen Schwachstellen erfolgt die Aufarbeitung gemeinsam mit dem FB Personal und Organisation (FB 11).

Frau Deppe sagt zu, dass bis zum letzten Ratsturnus 2025 eine entscheidungsreife Satzung zur Erhebung von Rettungsdienstgebühren vorgelegt werden wird.

Rh. Klein (CDU) bittet den externen Berater, Herrn Pötsch, um Auskunft, wie die Stadt Leverkusen mit der in Rede stehenden Unterdeckung der Rettungsdienstgebühren in Höhe von rd. 30 Mio. € im Vergleich zu anderen Städten stehen würde.

Bevor die Frage beantwortet werden kann wird durch Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt.

Antrag: Die Beantwortung der Frage des Rh. Klein (CDU) gehöre in die nicht öffentliche Sitzung und hat dort zu erfolgen.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Rf. Bruchhausen-Scholich (CDU), lässt über den Antrag abstimmen.

Dafür:	2	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dagegen:	8	(CDU, SPD, BÜRGERLISTE, AfD, FDP)

Der Antrag ist abgelehnt.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Rf. Bruchhausen-Scholich (CDU), verfügt eine zehnminütige Pause.

Die öffentliche Sitzung wird fortgeführt und Rh. Klein (CDU) bittet den externen Berater um eine Darstellung der Chronologie der Rettungsdienstgebühren.

Herr Pötsch führt aus, dass die Gebührenbedarfsberechnung 2018 und 2019 noch in der Zuständigkeit des FB Finanzen (FB 20) erfolgt sei. Aus den ihm zugänglichen Unterlagen sei erkennbar, dass die Bearbeitung auf einer guten Datenbasis mit sehr hohem Fachwissen erfolgte. Mit der Organisationsänderung, der Übergabe der Aufgabe „Gebührenbedarfsberechnung inkl. Gebührensatzung“ an den FB Feuerwehr (FB 37), kann anhand der Unterlagen zunehmend eine mangelnde Bearbeitung erkannt werden. So seien z.B. diverse Kosten, die in die Bedarfsberechnung einfließen, wie z.B. die Personalkosten, im Verlauf der Jahre nahezu unverändert geblieben obwohl diese Kosten sich zwangsläufig erhöhen müssten.

Mit dem Wechsel in der Leitung des FB 37 zu Beginn des Jahres 2025 sei

erkennbar, dass dem Thema Gebührenbedarfsberechnung nunmehr die nötige Gewichtung zukommt.

Rf. Kreuz (SPD) bittet um Auskunft, ob die entstandene Unterdeckung auf das Verhalten der Krankenkassen zurückzuführen sei, wie es in der 10. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 12.06.2025 seitens des Dez. V mitgeteilt worden sei.

Zur Beantwortung führt Herr Pötsch aus, dass die Krankenkassen nicht der Gebührenschildner seien. Daher solle man sich nicht auf Absprachen mit den Krankenkassen verlassen. Die Handlungsmaxime müsse vielmehr sein, dass die Gebührenbedarfsberechnung nach den zulässigen gebührenrechtlichen Maßstäben durchgeführt werde. Bei rechtmäßigem Handeln seitens der Stadt könnten die Krankenkassen keine Forderungen stellen. Daher könne nicht gesagt werden, die Krankenkassen seien schuld an der Unterdeckung.

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) greift diese Thematik auf und bittet um Beantwortung, ob die Aussage der Verwaltung zutreffend sei, dass die nicht mehr erfolgende Gebührenerstattung für Leerfahrten durch die Krankenkassen ursächlich für die Unterdeckung sei mit dem Hinweis auf die unterschiedliche bundes- und landesgesetzliche Regelungen.

Hinsichtlich der Leerfahrten führt Herr Pötsch aus, dass die bundesgesetzliche Regelung des Sozialgesetzbuches eine Gebührenerstattung nur bei erfolgtem Transport eines Patienten bestehe. Hingegen sehe die landesgesetzliche Regelung in NRW in Leerfahrten ansatzfähige Kosten. Jedoch sieht er den Vorrang der bundesgesetzlichen Regelung vor der landesgesetzlichen Verfahrensweise.

Rf. Wiese (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bittet um Auskunft, weshalb bei den Haushaltsgesprächen mit dem FB 20 die Unterdeckung in Höhe von 30 Mio. € nicht erkannt wurde und wie kam dieser Betrag in Rede.

Herr Beigeordneter Adomat (Dez. IV) sagt die Beantwortung auf dem Schriftwege zu. Ferner seien erste Konsequenzen gezogen worden: Sämtliche Gebührenbedarfsberechnungen werden organisatorisch in die Zuständigkeit des FB 20 übertragen.

Herr Krämer (Rechnungsprüfung und Beratung –FB 14-) teilt mit, dass der FB 14 im Rahmen seiner Prüfungen in 2024 den schleppenden Zahlungseingang erkannt habe und dies Auslöser für die damalige Prüfung war.

Zur Höhe des Betrages von 30 Mio. € teilt Herr Pötsch mit, dass dieser sich aus den Teilergebnisplänen ermitteln ließe.

Auf Nachfrage von Rh. Adams (OP) teilt Herr Pötsch mit, dass auch in anderen Städten entsprechende Unterdeckungen beim den Rettungsdienstgebühren bestünden. Bei einem Ranking in relativen Zahlen wäre Leverkusen im oberen Bereich zu sehen.

Rf. Kreuz (SPD) stellt den Antrag, dass in öffentlicher Sitzung beantwortet werden solle, auf welchen Betrag sich die Unterdeckung der Rettungsdienstgebühren belaufe.

Zur Abstimmung über diesen Antrag wird die öffentliche Sitzung unterbro-

chen und die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Hinweis der Schriftführung: Die Protokollierung zu diesem Antrag erfolgt in der nicht öffentlichen Niederschrift.

Die Öffentlichkeit der Sitzung wird wieder hergestellt.

Rf. Kreuz (SPD) bittet Herrn Pötsch um Beantwortung, auf welchen Betrag sich die Unterdeckung der Rettungsdienstgebühren belaufe.

Herr Pötsch teilt mit, dass die Unterdeckung auf ca. 78 Mio. € belaufe.

Im weiteren Verlauf der Sitzung entsteht eine Diskussion zur Frage, wer Herr Pötsch in die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses eingeladen habe. Herr Pötsch teilt mit, dass die schriftliche Einladung in die Sitzung per Mail durch die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Rf. Kreuz (SPD), erfolgt sei.

Rf. Kreuz (SPD) teilt mit, dass sie Akteneinsicht in die Unterlagen betreffs der Unterdeckung genommen habe. Dabei seien ihr die Akten erst 2 ½ Stunden nach dem vereinbarten Termin übergeben worden. Dies bemängelt sie ausdrücklich und sieht darin eine Behinderung der Arbeit des Rechnungsprüfungsausschusses. Auch vertrete sie die Auffassung, dass die Einladung des Fachberaters Herrn Pötsch in die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses durch das Dez. V zu verhindern versucht wurde. Daher beabsichtige sie, die Kommunalaufsicht zu informieren.

Im weiteren Verlauf der Beratung zu diesem TOP bittet Rf. Kreuz (SPD) Herrn Pötsch um Auskunft, wie schnell eine ordnungsgemäße Satzung erlassen werden könne und auf welchen Betrag sich die Unterdeckung für jeden Monat belaufe, in der die Gebührenerhebung auf der Grundlage der derzeitigen Gebührensatzung erfolge.

Herr Pötsch teilt mit, dass er den Entwurf einer Gebührensatzung dabei habe. In der kommenden Woche solle diesbezüglich Kontakt zu den Krankenkassen aufgenommen werden. Gleichwohl habe die Verwaltung keinen Einfluss auf den Zeitplan der Krankenkassen. Eine Verabschiedung der Gebührensatzung in der Ratssitzung im Oktober 2025 hält er für realistisch. Die Höhe der Unterdeckung bei Anwendung der derzeitigen Gebührensatzung beziffert er auf 1,4 Mio. € je Monat.

Rf. Kreuz (SPD) führt aus, dass sie infolge der Geschehnisse eine Übertragung der Aufarbeitung der Unterdeckung auf den FB 20 unter Begleitung des Beigeordneten Herrn Lünenbach (Dez. III) für erforderlich hält. Daher stellt sie den Antrag:

Der Oberbürgermeister wird gebeten die gesamte Aufarbeitung betreffs der Unterdeckung der Rettungsdienstgebühren umgehend auf den FB 20 übertragen. Die Begleitung solle durch den Beigeordneten Herrn Lünenbach (Dez. III) erfolgen.

Dafür: 7 (2 CDU, 2 SPD, 1 BÜRGERLISTE, 1 AfD, 1 FDP)
Dagegen: 2 (2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Enthaltung: 1 (CDU)

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (Ifd. Nr. 6/2025 bis 7/2025)

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Rf. Bruchhausen-Scholich (CDU), ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Fragen werden nicht gestellt.

Annegret Bruchhausen-Scholich schließt die Sitzung gegen 21:40 Uhr.

Annegret Bruchhausen-Scholich
Vorsitzende/r

Frank Schröder
Schriftführer/in